

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern - Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern
 1. seit der politischen Wende im Herbst 1989 einen unvergleichlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruch durchlebt haben und große Herausforderungen bewältigen mussten.
 2. in den letzten 30 Jahren unter schwierigen Rahmenbedingungen viel erreicht und daher Respekt für ihre Lebensleistung verdient haben.
 3. trotz der Versprechungen aus dem Einigungsvertrag auch 30 Jahre danach gravierende, ungleiche Lebensverhältnisse zwischen Ost und West erleben. Dies betrifft die Löhne und die Renten ebenso, wie zum Beispiel die Armutsgefährdung und den Ausbau der Infrastruktur.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 1. Mittel der öffentlichen Wirtschaftsförderung nur noch an tarifgebundene oder tarifgleich entlohnende Unternehmen ausgereicht werden und dies im eigenen Zuständigkeitsbereich so zu praktizieren.
 2. öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene oder tarifgleich entlohnende Unternehmen vergeben werden und dies im eigenen Zuständigkeitsbereich so zu praktizieren.
 3. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vereinfacht wird und in ihrem eigenen Verantwortungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern stärker davon Gebrauch zu machen.

4. die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten gestärkt werden.
5. eine aktive Struktur- und Regionalpolitik mit dem Ziel entwickelt wird, die wirtschaftlichen Perspektiven für Ostdeutschland deutlich zu verbessern.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Auch 30 Jahre nach der Einheit sieht es vielfach nicht nach blühenden Landschaften aus. Zwar haben die Menschen hierzulande seit 1990 viel geleistet, allerdings bestehen nach wie vor große Unterschiede. So zeigen Untersuchungen der Hans-Böckler-Stiftung, dass derzeit nur in sechs von 77 Kreisen und kreisfreien Städten Ostdeutschlands ein durchschnittliches Einkommen über 20.000 Euro erreicht wird. Das entspricht 7,8 Prozent. Im Westen hingegen liegt es in 284 von 324 Kreisen darüber, was 87,6 Prozent entspricht. Ein Grund ist die geringere Tarifbindung. Profitieren im Osten 46 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen, sind es im Westen 57 Prozent. Hinzu kommen längere Arbeitszeiten und zahlreiche Jobs im Niedriglohnsektor, der jahrelang als Standortvorteil gepriesen wurde. Auch heute noch wirkt sich dies nachteilig aus, zum Beispiel im Wettbewerb um Fachkräfte. Daher gilt es umzusteuern. Der „Aufbau Ost“ hat die wirtschaftliche Basis nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Agieren der Treuhand zwar erneuert, die erhoffte Strahlkraft der „Leuchttürme“ in strukturschwächere Regionen blieb jedoch aus. Dort liegt das Bruttoinlandsprodukt 30 Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Berufliche Perspektiven jenseits der Zentren sind eingeschränkt. Hinzu kommen die kleinteilige Wirtschaftsstruktur und die damit häufig verbundene Innovationsschwäche der Unternehmen. Um gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu erreichen, braucht es eine aktive Struktur- und Regionalpolitik, mit der die wirtschaftlichen Perspektiven für Ostdeutschland deutlich verbessert werden. Dies schließt den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ein.